

# Correspondent

Erste  
Donnerstag, Donnerstag.  
Sonabend.  
Jahres 150 Nummern.

für  
Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich eine Mark.

XXXIV.

Leipzig, Donnerstag den 23. April 1896.

№ 46.

## Verhandlungen über den Tarif zwischen Vertretern der Prinzipale und Gehilfen im Buchhändlerhause zu Leipzig.

Dritter Verhandlungstag am 17. April 1896.

Bei Eröffnung der Verhandlungen vormittags 7<sup>10</sup> Uhr machte zunächst der Vorsitzende die Mitteilung, daß Herr Ulschmann aus Weimar abgereist sei und an dessen Stelle Herr Friedrich aus Breslau an den Verhandlungen teilnehme. Herr Bürgstein nahm zur Geschäftsordnung das Wort und teilte mit, daß in einer privaten Besprechung ein Vorschlag bezüglich der Maschinenmeisterfrage zu Stande gekommen sei. Auf Grundlage des gefundenen Modus lasse sich jedenfalls weiter beraten und es würden die Verhandlungen wahrscheinlich zu einem ersprießlichen Ende geführt werden können. Die Gesamtheit der beiderseitigen Vertreter würden nun zunächst in Sonderberatungen die Anregung zu prüfen haben.

Die Verhandlungen wurden dem letzten Vorschlag entsprechend auf einige Zeit vertagt. Nach Wiederaufnahme derselben unterbreitete Herr Bürgstein ein folgende Vorschläge: Den Prinzipalen soll es gestattet sein, die Arbeitszeit für Maschinenmeister je nach der Art ihres Betriebes entweder mit 1 1/2 Stunden zu bemessen oder bei zehnstündiger Arbeitszeit entweder wöchentlich 3 Stunden, oder in 2 Wochen einen halben, oder in 3 Wochen einen ganzen Tag den Maschinenmeistern frei zu geben. Jedemfalls sei kein Seper oder Drucker verpflichtet, innerhalb der Zeit von drei Wochen mehr als eine eifertige Arbeitszeit von 162 Stunden zu leisten. In Städten unter 25000 Einwohnern solle die neunzehnstündige Arbeitszeit eingeführt werden, sobald die Mehrheit der Prinzipale oder Gehilfen am Orte bei der noch zu schaffenden zentralen Tarifbehörde darauf antrage und die letztere dem Antrage zustimme. Das Minimum des gewissen Geldes werde um 50 Pf. (2 1/2 Proz.) erhöht. — Zur Begründung dieser Vorschläge führte Redner aus, dieselben stellten die Maschinenmeister den Sepern gleich, beeinträchtigen jedoch auch nicht den maschinenmechanischen Betrieb der Druckereien. Bei ihrer Annahme seien die Gehilfenforderungen im Prinzip erreicht; den Prinzipalen käme es weniger auf die Form als auf das Fazit an. Die näheren Ausführungsbestimmungen brauchten in den Tarif nicht aufgenommen zu werden, es genüge, dieselben zu Protokoll zu nehmen. Auch bezüglich der Arbeitsdauer in Städten geringern Umfanges hätte man den erhobenen Einwendungen, daß in vielen derselben die nämlichen Verhältnisse existierten wie in den größeren, Rechnung getragen. Der Gültigkeitstermin des neuen Tarifs könne leider nicht sofort ausgemacht werden, da über den Tarif die Versammlung des D. B. V. noch zu sprechen habe, die wegen der zur gleichen Zeit stattfindenden Versammlung der Berufsvereinschaft etwas nach dem in Aussicht genommenen 15. Mai stattfinden. Die Versammlung solle eine Kommission einsetzen zwecks Ausarbeitung einer Vorlage über die Tarifbehörde und man werde dann in drei Wochen wieder zusammenkommen und das weitere bestimmen, ebenso Termin der Einführung und Gültigkeitsdauer. Die Prinzipale wollten sich aber nicht etwa eine Galgenfrist sichern, und deshalb hätten die anwesenden Prinzipalvertreter von Leipzig, Stuttgart, Berlin, München und Hamburg auf das Bestimmteste erklärt, in ihrer Heimat für das Inkrafttreten des erhöhten Tarifs von den ersten Tagen des Monats Mai ab zu wirken. Die Versammlung würde aus den Vorschlägen den ernstlichen Willen der Prinzipale erkennen, den Gehilfen entgegenzukommen. Der Geist der letzten Tage verbürge den dauernden Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Buchdruckgewerbe. Keine frühere Tarifberatung habe die gegenwärtige an Würde übertraffen. Herr Rezhäuser wollte nicht auf sämtliche vom Herrn Vorredner erwähnten Punkte eingehen, fand aber die angebotene Erhöhung nur des Minimums um 2 1/2 Proz. entschieden für zu niedrig. In München erhielten viele Gehilfen ein ganz geringes über das Minimum bezahlt und alle diese gingen leer aus. Herr Bernstein erwiderte, daß in den Gehilfenversammlungen überall das Hauptgewicht auf eine Verbesserung der Löhne der Minimumgehälter gelegt worden sei. Für diese betrage das Gebotene einschließlich des ideellen Zugeständnisses tatsächlich eine Aufbesserung von 7 1/2 Proz. Auch Herr

Niedel bezeichnete die gebotene Lohnerhöhung für durchaus ungenügend. Es wären zehn Jahre ins Land gegangen, ohne daß den Gehilfen eine nennenswerte Lohnaufbesserung zu teil geworden sei. Deshalb ersuchte er, mindestens allen bis zu 27 Mk. verdienenden Gehilfen eine Lohnaufbesserung von 5 Proz. zu gewähren. Herr Giesecke konnte nur schweren Herzens den die Wünsche der Berliner Gehilfenchaft keineswegs befriedigenden Vorschlägen zustimmen. Jedenfalls müßte für alle Gehilfen in ihnen eine Lohnerhöhung enthalten sein, denn von der Ethik könne keiner leben. Für eine fünfjährige Dauer des Tarifs sei er überhaupt nicht zu haben und die Grenze der Einwohnerzahl für die Bewilligung der verkürzten Arbeitszeit dürfe höchstens 10000 bis 15000 betragen. Dagegen betonte Herr Friedrich, daß das gewisse Geld in höheren Stadien eine eigne Abwägung zwischen Prinzipal und Gehilfe sei, es werde sich von selbst nach der allgemeinen Regelung richten. Er bat, es dieserhalb bei den gemachten Vorschlägen zu belassen, bessere Geschäfte zahlten sowieso ihren älteren, erfahrenen Arbeitern höhere Löhne. Bei vielen Prinzipalen würden schon die gemachten Vorschläge genügendes Kopfweh erregen. Herr Schlag bezeichnete gleichfalls das Gebotene für ungenügend und betonte gegenüber den Ausführungen des Vorredners, daß die besser bezahlenden Firmen leider immer sehr seltener würden. Herr Rente wies an der Hand offizieller statistischer Daten der Lebensverhältnisse Württembergs die Unzulänglichkeit der gebotenen Lohnerhöhung nach. Herr Bernstein betonte, daß er für seinen Kreis keinesfalls über eine 2 1/2 prozentige Erhöhung hinausgehen dürfe. Es wäre besser, die Verhandlungen nicht durch unnütze Versuche nach der entgegengesetzten Richtung in die Länge zu ziehen.

Auf Vorschlag des Herrn Baensch wurde sodann beschlossen, eine Kommission zur genaueren Formulierung der vorliegenden Anträge einzusetzen. Gewählt wurden dazu in getrennter Wahl die Herren Bürgstein, Friedrich und Hohmann, sowie Döblin, Knie und Niedel.

Das Plenum trat, während die Kommission die Separatverhandlungen führte, in eine Besprechung anderweitiger Punkte ein.

Herr Giesecke plädierte warm für die unbefristete Koalitionsfreiheit in den Druckereien. Die Prinzipale müßten zur Ergänzung der geringen materiellen Zugeständnisse mindestens in dieser Beziehung den Gehilfenvertretern bestimmte Zusicherungen mit nach Hause geben. In Offsignen, wo nur unorganisierte Gehilfen arbeiteten, hapere es übrigens auch mit der Einhaltung des Tarifs. Wenn verschiedene Prinzipale ihre Abneigung gegenüber dem Verband auf das Verhalten einzelner Mitglieder desselben zurückführten, so sei doch zu bedenken, daß für einzelne Mitglieder nicht die Gesamtheit verantwortlich gemacht werden könnte, besonders da die Gehilfenorganisation die Elemente in sich aufnehmen müsse, welche die Prinzipalität dem Gewerbe zuführe. Man solle mit den erfahrenen Gehilfen, deren Vertrauenspersonen verhandeln, anstatt sie zu meiden, dann würde manches geordnet werden. Herr Kamm warf die Frage auf, ob es nicht ratsamer sei, ten Anregungen eines der Stettiner Resolution ähnlich Antrages des Herrn Rezhäuser Folge zu geben. In einer gründlichen Erörterung desselben würden freilich Tage, zur Erreichung des gestellten Zieles sogar die Abhaltung alljährlicher Buchdruckerparlamente von beiderseitigen Vertretern notwendig sein. Der Tarif sei ohne seine Durchführung nur Papier, sonst jedoch eine Lebensaufgabe. Deshalb müssen gemeinsam von Prinzipalen und Gehilfen alle Fehel in Bewegung gesetzt werden, ihn überall zur Anerkennung zu bringen. Darin sei in den letzten Jahren auch seitens der Gehilfen sehr viel gesündigt worden. Das so häufig bemängelte Minimum des gewissen Geldes blide das Rückgrat des Tarifs. Damit sei nun aber noch lange nicht gesagt, daß seitens der Prinzipale nicht besser entlohnt werden solle. Betreffs der Sätze über das Minimum finde alle Tage in den Offsignen eine Regelung statt. Er zähle z. B. jedem Gehilfen anfanglich so viel als dieser in seiner letzten Stellung erhalten habe, nachher lege er je nach Verdienst zu. Er wüßte es auch nicht anders, als daß, wenn eine einigermaßen anständige Leipziger Firma eine Zulage gebe, diese unter einer Mark kaum betragen könne. Herr

Eisler wollte, daß vorerst das Augenmerk auf die Koalitionsfrage gelenkt bliebe. Der Tarif sei lediglich auf die Gehilfenorganisation aufgebaut und letztere müsse daher auch gegen Nachstellungen und Befehdungen im Interesse des Tarifs geschützt werden. Letzteres sei aber nicht der Fall. Es wäre z. B. kaum zu schillern, welcher Rigorosität die Verbandsmittelglieder durch die Arbeitsnachweise des D. B. V. ausgehört seien; die Zurücksetzung der Verbandsmittelglieder hinter die Nichtverbändler sei eine alltägliche Erscheinung. Herr Kamm glaube erklären zu können, daß unter den Leipziger Prinzipalen nicht ein einziger sich befände, der einen Eingriff in das gesetzliche wie ideelle Koalitionsrecht nicht als gerade so unerhört betrachte, wie einen Eingriff in die Religion. Jedoch die letzten vier Jahre seien Jahre des Kampfes gewesen, in dem man beiseit habe, die eigne Partei zu stärken und die andre zu schwächen. Jetzt sei jedoch der Zeitpunkt gekommen, wo die Periode des Friedens beginnen müßte, solle etwas Befriedigendes geschaffen werden. Das einzusetzende Tarifamt solle die Stelle werden, wo ein jeder sein Recht suchen könne und alle Konflikte möglichst in Güte zum Austrage kommen müßten. Das Institut dürfe nicht Sache des Verbandes noch des D. B. V. sein, sondern müsse wie das Reichsversicherungsamt auf völlig unparteilichem Boden ruhen. Redner erging sich dann in der Schilderung früherer Vorkommnisse, die bei Bestand eines wie von ihm gedachten Tarifamtes hätten vermieden werden können. Schließend sprach er dem Bestreben der Gehilfen ihre Lage zu verbessern, seine Anerkennung aus. Bräute das bishigen Leben nur so viel, um den Magen zu füllen, so sei das kein Leben. Das Gewerbe verträge sehr gut hierin einen Wandel, der die Gehilfen weit günstiger stelle. Das in Aussicht genommene Tarifamt werde diese Verbesserung offensichtlich bemerkbar machen.

Hierauf trat man in die Mittagspause ein. Nach Wiedereröffnung der Sitzung um 3 Uhr nachmittags wurde in der Debatte über die Koalitionsfreiheit fortgesetzt. Herr Bernstein erklärte, es sei geradezu unmöglich, daß ein deutscher Buchdruckermeister das Gesetz des Koalitionsrechtes verlege. Er sei Mitglied des Berliner Gewerbegerichtes und würde als solches entschieden einen jeden Prinzipal verurteilen, der wegen Verletzung des Koalitionsrechtes erweisenermaßen berechtigt verklagt würde. Das Koalitionsrecht habe übrigens nichts mit der Tarifdebatte gemein. Herr Dominé war trotzdem der Meinung, daß eine gemeinsame Resolution von Prinzipalen und Gehilfen bezüglich des Koalitionsrechtes für die Durchführung des Tarifs von großem Nutzen sei. Er erinnere nur an das Verhalten verschiedener Großdrucker, wie z. B. Dumont-Schauberg in Köln und andere mehr, die prinzipiell keine Verbandsmittelglieder duldeten. Selbst die Zeitschrift f. D. B. bringe in ihrem Anzeigenteile Gesuche nach Nichtverbändlern. Herr Naproth führte aus, daß die Diskussion über das Minimum keinen Zweck mehr habe. Prinzipale wie Gehilfen wüßten in dieser Beziehung was sie wollten. Es sei eine notorische Thatsache, daß gerade diejenigen Gehilfen am ehesten von der Arbeit ausgeschlossen würden, die am meisten für die Aufrechterhaltung des Tarifs einträten. Das Koalitionsrecht müsse man achten wie dasjenige der Religion. Herr Kademacher warnte, sich gegenseitig die in den Kriegsjahren begangenen Sünden vorzuwerfen, das werde sich nun ändern. Die Prinzipale würden sich übrigens doch schließlich nicht acht Tage bei schwierigen Verhandlungen abquälen, wenn sie die Vereinbarungen nicht einhalten wollten. Herr Rezhäuser begründete in eingehender Weise seinen Antrag und kam schließlich auf die Hausordnungen zu sprechen, die vielfach direkt gegen den Tarif verstoßen. Redner wies hierbei speziell auf die Druckerei von Biedenbahn & Sohn in Chemnitz hin. Die Tariffrage sei nicht so ganz von derjenigen des Verbandes zu trennen, denn letzterer trage doch immer die Kosten der Durchführung des Tarifs, während der unorganisierte Teil nur die Ausnutzung habe. Er hielt es für notwendig, daß die Zustimmung der Gehilfenvertreter zu dem neuen Tarif von der Gewährung einer Prinzipalserklärung bezüglich der Koalitionsfreiheit abhängig gemacht werde. Herr Kamm betonte, sein Mißtrauen gegen die Gehilfenorganisation schwinde nach den gehörten Darstellungen der Gehilfenvertreter immer mehr und er

habe alle Hoffnung, daß es besser werde im Gewerbe. Es sei ihm unmöglich, die sich daraus ergebende Perspektive zu schätzen. Daß die Koalitionsfreiheit im weitgehendsten Maße gewährt werden müsse, halte er für selbstverständlich, es dürfe nicht gefragt werden, ob der Gehilfenverband mitglied oder sonst was sei. Die Gehilfenkoalition bilde nicht nur einen maßgebenden, sondern sogar einen notwendigen Faktor zur Durchführung des Tarifs, also des Bestehens des Gewerbes. Darum sei die Frage, ob Koalitionsfreiheit oder nicht, an dieser Stelle gar nicht diskutabel. Die Kraft des Verbandes liege übrigens nicht in dessen Größe, sondern in seinen Grundsätzen. Deshalb dürften auch nicht junge Leute in den Druckereien vorgeschoben werden, um den Verband zu repräsentieren. Die Arbeitsnachweise der Prinzipale seien ein fürchtbares Zuchtmittel für die Gehilfen und er habe deshalb auch nur schweren Herzens für die Errichtung derselben gestimmt. Aber es beständen berechtigte Gründe dieselben so lange zu halten, bis die Gehilfenschaft die Gewähr des dauernden Friedens böte. Dann würden die Arbeitsnachweise gleich dem Tarifamt auf neutralen Boden zu schieben sein. Auch seine Auffassung von der Konditionslokalität des D. B. B. sei wesentlich anders gewesen als wie diese Klasse sich entwickelt habe, denn sie habe in Gemeinschaft mit denjenigen der Gehilfen wirken sollen. Diese von ihm geäußerte Meinung würde von der Leipziger Prinzipalität vielfach geteilt. Herr Jesede bemerkte faktisch gegenüber der Äußerung des Vorredners bezüglich der Repräsentation des Verbandes, daß daran die Prinzipalität selber die Schuld trüge, indem sie mit Vorliebe alle Vertrauenspersonen des Verbandes maßregelte. Deshalb halte man gehilfenseitig öfter vertratete Kollegen von solchen Ämtern fern. Herr Baensch wies auf das Wirken des Kreises VII (Cachfen) des D. B. B. zur Durchführung des Tarifs hin. Die Tatsache, daß das sächsische Ministerium verordnete, daß Amtsblätter dem Tarife nachzuliegen haben, sei ein Erfolg dieses Wirkens. Doch habe die Stellungnahme der Gehilfenschaft den Prinzipalen die Arbeit sehr erschwert, was für beide Teile gleich nachteilig gewesen sei. Auch er hoffe, die Kriegsjahre nun beendigt zu sehen; die Prinzipale beschäftigten keineswegs, die Gehilfen zu knechten und man solle sich deshalb nicht gegenständig in die Arme fallen. Geschäftsordnungen, die gegen den Tarif verstießen, seien ohne Zweifel in Leipziger Innungsdruckereien unzulässig. Bezüglich der Arbeitsnachweise und der übrigen angeregten Fragen siehe er auf denselben Standpunkte wie Herr Kamm. Deshalb behaupte er auch, daß im Gehilfenauschusse der Leipziger Innung nur Nichtverbändler sitzen. Alle vorliegenden Anträge zum Tarife sowie auch den Antrag Verbandsleiter er einem zu wählenden Ausschusse zur Erwägung zu überweisen, der einer später nochmals einzuberufenden Plenarsitzung dann bestimmtere Vorschläge unterbreiten solle. Herr Schlag verwies darauf, daß in Breslau der Arbeitsnachweis der Prinzipale Arbeitskräfte unter Minimum platziert habe. Herr Bernstein plädierte sodann nochmals für Errichtung des Tarifamtes, desgleichen Herr Klapproth mit dem Bemerkten, daß, wenn wir nicht zufällig Buchdrucker wären, alle Blätter sich in unbeschränktem Lobe über die Tarifgemeinschaft ergehen würden. Herr Culbart betonte, daß bei Engagements die Qualifikation des Gehilfen entscheide. Herr Eißler kam nochmals auf die Frage der Arbeitsnachweise zurück und meinte, der Unterschied zwischen Verbands- und Nichtverbändergehilfen müsse in dem Augenblick wo der Friede geschlossen werde, unbedingt fallen.

Inzwischen hatte die Kommission ihre Arbeiten beendet. Herr Bügenstein unterbreitete namens derselben die bereits in voriger Nummer des Corr. veröffentlichten Vorschläge. Redner knüpfte daran den Wunsch, nunmehr sich über die Anträge zu einigen und dann alle weiteren Änderungsanträge zu verlegen. Eine zu wählende Kommission solle eine Vorlage über das zu errichtende Tarifamt ausarbeiten und dieselben der binnen einigen Wochen wieder einzuberufenden Versammlung vorlegen. Da die künftige Tariforganisation von Allgemeinheit zu Allgemeinheit erwidert werden solle, empfehle die Kommission den Prinzipalsvertretern, ihr Mandat noch nachträglich ebenfalls von der Allgemeinheit bestätigen zu lassen. Auf eine Anfrage des Herrn Rezhäuser an die Kommission, bezüglich der Arbeitszeit der Maschinenmeister, erklärte Herr Böblin, man habe in der Kommission ausdrücklich festgestellt, daß die Stunden, an denen die Maschinenmeister die Arbeit ruhen lassen sollen, nicht nach Gutdünken des Geschäftes zusammengelegt und keine Ferien diktiert werden dürften; die Maschinenmeister hätten aller drei Wochen die Freigabe eines Tages unweigerlich zu fordern. Nach kurzen Bemerkungen einzelner Redner, in denen der Kommission für ihre 3 1/2 stündige angeforderte Thätigkeit lebhafter Dank geäußert wurde und Herr Knie feststellte, daß die Anträge das Meiste seien, was von den Prinzipalen zu erlangen gewesen, stellte Herr Klapproth den Antrag auf Schluß der Debatte und bat um einstimmige einhellige Annahme, damit nicht von der Annahme des einen Punktes die des anderen abhängig gemacht werde.

Herr Baensch wollte vorher die Dauer des Tarifes bestimmt wissen. Darauf erklärte Herr Bügenstein, die Gehilfen verlangten nicht, daß die Prinzipale auf eine schwankende Brücke treten sollten. Es könne nicht die Absicht der Gehilfen sein, in absehbarer kurzer Frist mit neuen Forderungen zu kommen. Von zehn und fünfzehn Jahren könne freilich keine Rede sein, da sich

in solcher Zeit die Lebensverhältnisse und damit die Lebensinteressen änderten. Es müsse jedoch einmal endlich die Probe auf das Exempel mit der Durchführbarkeit des Tarifes gemacht werden. Sehe Redner, daß es innerhalb der nächsten Jahre nicht gelinge, geordnete Verhältnisse zu schaffen, dann bleibe er auf den Tarif und auch die Gehilfenschaft habe dann kein Interesse, länger mit einer Prinzipalität zusammenzugehen, die keine Maßnahmen treffe. Er wünsche deshalb, daß bei fortschreitender Verallgemeinerung des Tarifes dessen Dauer auf drei bis fünf Jahre festgelegt werde. Von einer weiteren definitiven Bestimmung könne man ja vorläufig absehen und die geäußerten Ansichten der noch zu wählenden Kommission als Diktat mit auf den Weg geben. Demgegenüber verlangten die Herren Prinzipalsvertreter Bernstein, Kamm, Baensch, Hohmann die sofortige Festlegung der Gültigkeitszeit auf drei bzw. fünf Jahre. Sie beriefen sich dabei auf ihre Mandate und es würde dann auch die Einführung des neuen Tarifes weniger Schwierigkeiten bereiten. Demgegenüber bemerkten die Gehilfenvertreter, daß eine Anzahl Anträge noch unerledigt seien und dieserhalb die definitive Festlegung des Tarifes unthunlich. Ketschfalls dürften sie fünf Jahre acceptieren. Herr Bügenstein bringt sodann den dahin abgeänderten Antrag ein, daß der Tarif mindestens drei Jahre gelten solle. Damit erklärten sich die Herren Kademacher, Hammer, Huber, Hohmann einverstanden und bezeichnen jetzt das Hindernis, den Tarif totaliter vom 1. Mai an zur Geltung zu bringen, für beseitigt. Die Kommissionsanträge wurden sodann bis auf die Stimme des Herrn Culbart, der erklärte, kein Mandat zu haben, für die Arbeitszeitverkürzung zu stimmen, einstimmig angenommen. Ferner gaben noch die Herren Reiber und Friedrich die Erklärung ab, in ihrer Heimat für die baldige Einführung des Tarifes Sorge tragen zu wollen.

Darauf unterbreitete Herr Bügenstein der Versammlung folgenden Antrag: Eine aus sechs Herren bestehende Kommission wird beauftragt, einen Entwurf über die Tariforganisation usw. vorzubereiten und der in drei bis vier Wochen wieder zusammentretenden, jetzt zu vertagenden Versammlung zur Beschlussfassung vorzulegen. Diefelbe Kommission soll womöglich die noch vorliegenden Anträge zu den übrigen Paragrafen des Tarifes durchberaten und ihre Stellungnahme den übrigen Vertretern verkünden.

Herr Klapproth schlug vor, die Kommission aus in Leipzig ansässigen Herren zu wählen, Herr Kamm wollte unbedingt Herrn Bügenstein mit in dieselbe haben. Nach etnigem Debattieren wurden sodann die Herren Kamm, Baensch und Bügenstein einerseits, Böblin, Medel und Gsch — letzterer unvermittelt und ohne vorherige Veröffentlichung als Stellvertreter des Leipziger Gehilfenverbandsmächtigsten von Herrn Bügenstein vorgeschlagen — gewählt. Die Kommission soll zunächst am 26. d. M. zusammentreten. Die nächste Plenarsitzung soll in Berlin abgehalten und von Herrn Kamm einberufen werden. Ueber den Termin der Abhaltung konnte ein Datum aus verchiedenerlei Gründen nicht abgemacht werden, man erklärte sich in folgedessen auch mit einer event. kurzen Verschiebung des Termins der offiziellen Einführung des Tarifes am 1. Mai einverstanden. Herr Riebel betonte, daß, unbeschadet der Versammlung des D. B. B., die materiellen Abmachungen durch die Vertreter der Großstädte als angenommen zu betrachten seien. Es erscheine wünschenswert, von den Prinzipalsvertretern außerdem die Erklärung mitzubekommen, daß sie auch für die Einführung des Tarifes Anfang Mai in den übrigen Druckorten Sorge tragen wollten. Herr Friedrich negierte die Aufforderung mit einem Hinweis auf die großen Arbeiten, welche die Einführung in der Provinz verursache.

Herr Hammer regte sodann die möglichst schnellste Veröffentlichung des Protokolles der Verhandlungen an, worauf Herr Baensch die Erfüllung dieses Wunsches durch eine am andern Tage zu erscheinende Separatnummer der Zeitschrift anknüpfte, dabei bemerkend, daß der Corr. bereits mit der Veröffentlichung der Verhandlungen begonnen habe. Herr Bügenstein fand, daß dies den getroffenen Abmachungen zuwider sei. Die Herren Böblin und Gsch bestritten die Richtigkeit dieser Behauptung. Der Corr. erscheine erst am andern Tage, wo die Verhandlungen längst beendet seien. Nur auf speziellen Wunsch eines der anwesenden Prinzipalsvertreter habe man einige Exemplare der gegenwärtig im Druck befindlichen Nummer im Verhandlungslokal zur Verteilung gebracht. Auch sei nicht das amtliche Protokoll benutzt, sondern ein auf besonderen Aufnahmen beruhender Bericht über die Sitzungen verfaßt. Herr Kamm ließ es sich auch hier nicht entgehen, wie mehrmals während der Verhandlungen, dem Corr. seine Ungenauigkeit fähig zu lassen, indem er dabei blieb, er habe gegen die Abmachungen gehandelt. Herr Bernstein bekannte sich dazu, die Verteilung des Corr. im Verhandlungslokal verabsichtigt zu haben.

Sodann sprach Herr Baensch den Herren Bügenstein und Böblin für ihr Wirken zu dem Zustandekommen des Einigungswerkes Dank aus, gleichfalls gedachte er hierbei des Vorsitzenden der Verhandlungen. Herr Klapproth erwiderte jedoch, den Dank der Anwesenden auch auf die Herren Baensch, Bernstein sowie den Protokollanten Herrn Wiener auszuwenden, welcher Aufforderung die übrigen Anwesenden durch Erheben von ihren Sigen entsprachen. Herr Böblin gab seiner Freude über die Anerkennung Ausdruck und begte die

Hoffnung, daß nun jedes Vorurteil seitens der Prinzipalität sowohl als der Nichtverbändler gegen den Verband schwinden werde. Die Verhandlungen hätten abermals bewiesen, daß die Gehilfenorganisation im Interesse der Gesamtheit zu wirken bemüht und ihre Existenz für die Wohlfahrt des Gewerbes eine Notwendigkeit sei. Diefershalb müsse man trachten, den Verband zu stärken. Herr Bügenstein wehrte den Dank, der nicht nur den Leitern, sondern sämtlichen Beteiligten des geschaffenen Friedenswerkes gebühre, ab. Draußen im Lande würde man ihnen wahrlich nicht viel Dank wissen, aber desto mehr Vorwürfe machen. Doch dies hielt ihn nicht ab auszurufen: Das deutsche Buchdruckergewerbe Vivat, crosat, floreat! Herr Siegert, der anerkannte, daß dem Verbands die Schaffung des Tarifes zu danken ist, glaube gleichfalls den stimmberechtigten Gehilfenvertretern für ihr Verhalten danken zu müssen und sieht die Zeit nicht mehr fern, wo sämtliche Buchdrucker unter einem Hut verammelt sind. Er gab die Versicherung, von nun ab dahin wirken und die Gemeinschaft der Gehilfen zur ungeahnten Höhe bringen helfen zu wollen. Herr Bernstein nahm den Dank der Versammlung als einen Befehl, den er noch einzulösen habe, entgegen und Herr Kamm bezeichnete den feintigen als nicht verdient, die Haltung der Versammlung für durchaus musterhaft. Nach Verlesung des Protokolls wurde sodann die letzte Sitzung der Tarifberatung abends gegen 8 Uhr geschlossen.

## Korrespondenzen.

**Baugen.** Die Firma E. M. Monse hat in anerkennenswerter Weise schon mit heute, dem 20. April, die beschlossene Verkürzung der Arbeitszeit eingetretten lassen. Leipzig, 19. April. In der heutigen, sehr zahlreich besuchten allgemeinen Versammlung erstattete Kollege Riebel Bericht über die vom 15. bis 17. April gepflogenen Tarifberatungen. Redner schilderte in der eingehendsten Weise den Verlauf der Verhandlungen und bemerkte u. a., daß man zu verschiedenen Malen vor dem Scheitern der Beratungen gestanden habe; jedoch sei auf Seiten der Prinzipale sowohl wie der Gehilfen das Bestreben vorhanden gewesen, den Frieden möglichst zu wahren und Vereinbarungen zu Stande zu bringen. Redner erklärte, daß die Gehilfenvertreter alle Kräfte eingesetzt hätten, um das Mögliche zu erreichen. Wenn auch die Erwartungen der Gehilfen nicht voll und ganz erfüllt worden, so seien doch die tariflose Zeit aus der Welt geschafft und stabilere Tarifverhältnisse herbeigeführt. Hervorzuheben sei noch, daß die Organisation der Gehilfen anerkannt worden und daß die Prinzipale sich bereit erklärt haben bei der Durchführung des neugeschaffenen Tarifes mitzuwirken. In der nun folgenden Diskussion gestellte Kollege Schneider in scharfen Worten das laue Verhalten der Maschinenmeister und beglückwünschte sie zu der fallenden Oberseige, welche sie durch die Sonderbestimmungen betreffs der Arbeitszeit erhalten hätten. Die Maschinenmeister hätten sich die Schuld selbst zuzuschreiben, indem die meisten längere Kündigungsschriften eingegangen wären und sich damit ihren Prinzipalen verkauft hätten. Auch übt er noch scharfe Kritik an den vielen freiwilligen Ueberstunden seitens der Drucker. Kollege Seidel gab zu, daß wir gegenwärtig auf dem Wege der Verhandlungen bleiben müßten, bezeichnete aber die Zugeständnisse als einen sehr mageren Vergleich. In Bezug auf die Bestimmungen der Drucker bemerkte Redner, daß der Ausschluß von Vergünstigungen dieselben möglicherweise veranlassen würde, sich besser aufzuraffen und sich mehr um die Interessen der Allgemeinheit zu kümmern, vor allem die vielen Ueberstunden zu unterlassen. Auch Kollege Kretschmar sprach sich in ähnlichem Sinne aus und meinte, daß die Maschinenmeister durch den für sie hingeworfenen Broden hoffentlich aus ihrer Verhagte ausgerüttelt werden. Kollege Tanneberger führte aus, daß das von den Druckern gesagte in vielen Fällen auch auf die Setzer zutrefte. Hätten die Kollegen fleißig und ganz hinter ihren Führern gestanden, so hätte niemals ein derartiges Resultat herauskommen können. Er meinte, man solle gegenwärtig die Zugeständnisse hinnehmen, für die Durchführung derselben aber keinen Raum und keinen Großen opfern. Auch Kollege Richter sprach sich im Sinne des Vorredners aus und wandte sich namentlich gegen die Tarifgemeinschaft. Kollege Giesler meinte, daß auch nicht ein einziger mit dem Resultate der Tarifberatungen zufrieden sein könne, beschränkte jedoch, daßselbe unter den gegenwärtigen Verhältnissen hinzunehmen. Für die Durchführung sei nicht ein Pfennig zu opfern. Ein festes, geschlossenes Auftreten werde genügen, die Prinzipale zur Einführung der neuen Bestimmungen zu veranlassen. Er warnte die Maschinenmeister vor jeder Sonderorganisation, forderte sie vielmehr auf, mit der Allgemeinheit jederzeit Hand in Hand zu gehen. An der Debatte beteiligten sich noch die Kollegen Schöne, Köhler und Beschindler im Sinne der Vorredner. Hierauf wurde folgende vom Kollegen Kretschmar eingebrachte Resolution gegen fünf Stimmen angenommen: „Die Drucker und Maschinenmeister der heute tagenden allgemeinen Buchdruckerversammlung protestieren auf das energischste gegen die Beschlüsse bezüglich der Arbeitszeit für die Maschinenmeister, da diese Arbeitszeit nur dazu dient, der Willkür Thor und Thür zu öffnen, was eine friedliche und gesunde Entwicklung in der Lohnfrage ausschließt; sie erklären aber aus tatsächlichen Gründen, den Beschlüssen Rechnung zu tragen und zu gegebener Zeit

eine Aenderung derselben herbeizuführen.“ Dieser folgte die Annahme (gegen eine Stimme) der von der Gehilfenzeitung aufgestellten Resolution (s. Corr. Nr. 45, erste Seite). In seinem Schlusswort erklärte sich Kollege Kiedel bestrebt über die Aussprache der Redner; er warnt die Drucker ebenfalls vor jedem Sondervergehen, sie sollten sich vielmehr der Allgemeinheit fester anschließen, da ein Gegensatz zwischen Seher und Drucker nicht bestehe. Weiter forderte er zur Regelung der Kündigungsfristen auf. Redner gab noch bekannt, daß der als Nichtverbandsgehilfe zu den Tarifverhandlungen zugeogene Herr Sievert am Schlusse der Beratungen erklärt habe, daß alles bisher Erreichte nur dem Verbandsverbande zu danken sei, und machte durch herzliche Worte die dem Verbandsferntheilnahme darauf aufmerksam, daß nur im Verbandsverbande die gemeinsamen Interessen der Gehilfen gewahrt werden, sie auffordernd, mit uns bereit zu marschieren.

**Mainz.** Am 12. April hielt der hiesige Bezirksverein seine diesjährige Generalversammlung ab, welche verhältnismäßig gut besucht war. Der Vorsitzende, Kollege Philipp Einz, berichtete über das Geschäftsjahr 1895, woran die Vereinsgeschäfte in 19 Vorstandssitzungen und 8 Bezirksversammlungen erledigt wurden, außerdem fand eine allgemeine Buchdruckerversammlung statt. Der Versammlungsbesuch ließ zu wünschen übrig. Am 23. Juni feierten wir in der Neuen Anlage dahier ein gemeinschaftliches Johannisfest mit den Bezirken Darmstadt, Frankfurt und Wiesbaden, das in glanzvoller Weise zur Freude aller Theilnehmer verlief. Das finanzielle Ergebniss hatte einen Ueberschuß von 262 Mk. aufzuweisen, welcher mit Genehmigung der anderen mittheilenden Bezirksvereine als Grundfonds für die im Jahr 1898 in unseren Mauern abzuhaltende Generalversammlung des Verbandes auf der Mainzer Sparkasse Jnstragend angelegt wurde. Mitgliederstand am Ende des Jahres 1894 145, neuereingetreten 18, wiederereingetreten 5, zugereift 72, vom Militär 2; abgereift 58, zum Militär 7, ausgeschlossen 9; jetziger Stand 161 Mitglieder. Konditionslos am Orte waren 33 Mitglieder 592 Tage, wovon jedoch nur 11 Mitglieder mit 143 Tagen bezugsberechtigt; krank waren 86 Mitglieder 1980 Tage; gestorben sind im Laufe des Jahres 8 Mitglieder. Die Verbandskasse bilanzierte am Schlusse des Jahres mit 8261,40 Mk., an die Bankasse wurden abgeliefert 3624,56 Mk. Die hiesige Bezirkskasse hatte 757,92 Mk. Einnahme und 402,22 Mk. Ausgabe, Vermögensbestand 1098,52 Mk. Die am hiesigen Orte bestehende Krankengeld-Zusicherungskasse hat einen Vermögensstand von 7697,07 Mk. aufzuweisen. Im Jahr 1895 passierten die Poststelle 702 Reisende, davon waren 590 Seher, 107 Drucker und 5 Sieher; Kondition erhielten hier 31, abgereift sind 26. Die Arbeitslosigkeit dieser 702 Reisenden dauerte 35928 = 98 Jahre, 4 Monate 1 Woche. Es waren 13 Mitglieder über 9, 24 über 6 und 59 Mitglieder über 3 Monate auf der Reise. Bei der nun folgenden Neuwahl des Vorstandes wurden die Kollegen Einz, Wittinger, Walter, Heint. Reeh und Anshuh wieder, die Kollegen Almenröder und Nees neugewählt. Als Reisekassenverwalter wurde der seit längerer Zeit dieses Amtes wahrnehmende Kollege Marschner einstimmig wiedergewählt. Unter Verschiedenem beantragte Kollege Marschner, dem Centralvorstande einen Antrag zu unterbreiten, nach welchem den auf die Reise gehenden Kollegen ein Adressenverzeichnis (Format der Statuten) der Verbandsfunktionäre übergeben werden soll, worin eine große Erleichterung der Vereinsgeschäfte erblickt wird. Der Antrag wurde nach längerer lebhafter Diskussion beinahe einstimmig angenommen. — Ueber einen Konflikt in der E. Herzogischen Druckerst., mit welcher der Vorstand sich in letzter Zeit sehr oft zu beschäftigen hatte, ist zu berichten, daß am Samstag voriger Woche das Seherpersonal wegen Nichtbezahlung des zweiten Osterfesttages beim Prinzipale vorstellig wurde. Da die Unterhandlungen ohne Erfolg blieben, so legte das gesamte Seherpersonal sofort die Arbeit nieder. Am Nachmittage desselben Tages wurde eine aus den Kollegen Haas, Born und Einz bestehende Kommission bei Herrn Herzog vorstellig, welcher sich denn auch nach längerer Unterredung verpflichtete, nicht nur fernert den Tarif voll und ganz anzuerkennen, sondern auch das gesamte ausständige Seherpersonal wieder einzustellen, worauf dasselbe am Dienstagmorgen die Arbeit wieder aufnahm. Auch in diesem Falle hat es sich wiederum gezeigt, daß durch ein einiges Zusammengehen der Kollegen etwas zu erreichen ist.

**Mülhausen i. E.,** im April. Ueber die hiesige Tarifbewegung diene folgender Bericht. In einer am 25. März abgehaltenen allgemeinen Buchdruckerversammlung wurde seitens des betreffenden Delegierten mitgeteilt, daß Herr Brinckmann das Versprechen gegeben habe seinem Seherpersonal eine halbe Stunde Arbeitsverlängerung zu gewähren. Daraufhin wurde beschlossen, das Gleiche auch von den anderen Geschäften zu fordern. Die Prinzipale gaben jedoch nicht nach und Herr Brinckmann erklärte ihnen gegenüber, seinem Personale nichts bewilligt zu haben. Mittlerweile war in den Offizinen Nawratil, Kranz & Winkler und Wwe. Bader & Co. die Arbeit niedergelegt worden. Dem Ausständigen schloß sich dann nachmittags auch das Personal der Firma Brinckmann an. Die Prinzipale beharrten auf ihrem negativen Standpunkt und erklärten sich nur bereit, die Streikenden wieder in Gnaden aufzunehmen. (Wie fortgilt!) In einer am selben Tag abgehaltenen allgemeinen Versammlung war die Stimmung flau. Eine Abstimmung, die wahrscheinlich die Fortsetzung des Ausstandes ergeben

hätte, riskierte man nicht, weil zu befürchten war, daß in einer Offizin die Arbeit doch am Montag wieder aufgenommen würde, man entschied sich vielmehr dahin, jedem Personale sein diesbezügliches Verhalten frei zu stellen. Und so wurde denn am Montag die Arbeit wieder aufgenommen. Nur die Firma Kranz & Winkler, die jüngste am Plage, machte eine Ausnahme: Herr Kranz wollte keinen der Ausständigen wieder einstellen. Der Inhaber des Hauptgeschäftes, Herr Bader, erklärte bei der Wiederaufnahme der Arbeit, daß er, je nach dem Ausgange der Leipziger Verhandlungen, nicht abgesehen sei, eine Arbeitsreduzierung vorzunehmen. Von großem Nachtheile für unsre Bewegung war der Umstand, daß sie in den Lohnkampf der Textilarbeiter fiel. Die Manufakturisten lassen bei der Firma Bader viel drucken und deren Inhaber soll (sagt man) bei Konventionalsstrafe sich verpflichtet haben, seinem Personale nichts zu bewilligen.

**Heinland-Beifallen.** Bei der am Vorort durch Urabstimmung vorgenommenen Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongreß erhielten folgende Kollegen Stimmen: Reichenbach Bielefeld 42, Schramm-Essen 31, Zbanek-Elberfeld 18, Möding-Hagen 17, Müller-Barmen 6; außerdem 3 Stimmen zerplittert und 3 ungültig. — In der Stichwahl wurde Kollege Reichenbach mit 71 gegen 55 Stimmen gewählt.

**Budapest,** 19. April. Die in der Ersten Ungarischen Schriftlicher-Altengeseilschaft zwischen Personal und Geschäftsleitung entstandenen Differenzen sind auf gütlichen Wege ausgeglichen.

**Butarek,** 5./17. April. Unser Gutenbergverein hat in fünf jährlichen Sitzungen seine Statuten geändert, um die immer mehr chronisch werdenden Defizite abzumachen, was durch Reduzierung der Unterstufungen geschehen wird, mit Ausnahme derjenigen für Konditionslose, da diese Kasse voriges Jahr vom September bis Dezember und von Januar bis Februar d. J. sehr in Anspruch genommen wurde. Der Geschäftsjahr, der sich immer vom September ab zu begeben anfang, bot im vorigen Jahr ein andres Bild. Noch niemals waren so viele Konditionslose, auch Nichtereitsmitglieder, vorhanden. Die Saison fing erst im Februar an, wo auch noch 15 mobile (provisorische) Seher in der Staatsdrucker eingestellt wurden. Leider wurden am 1. April auf Grund des neuen Budgets pro 1896/97 sämtliche 65 provisorischen Staatsdrucker-Seher entlassen. Gegen 30 davon waren schon drei Jahre und 20 ungefähr zwei Jahre in derselben beschäftigt. Nach der Reorganisation werden in der Staatsdrucker zu den 60 bis 70 permanenten Sehern noch 10 ernannt werden und für die Kammersektion noch 15 mobile Seher eingestellt werden.

## Kundschau.

### Buchdrucker und Verbands.

Die Berliner Prinzipale haben am Sonnabend Abend in einer zahlreich besuchten Versammlung die Leipziger Abmachungen des Larisausschusses einstimmig gebilligt und beschlossen, sie am 1. Mai in Geltung treten zu lassen.

Der Gau Frankfurt-Hessen hat im Jahr 1895 um 76 Mitglieder zugenommen, so daß er am Jahreschlusse 549 Mitglieder neben 559 Nichtmitgliedern zählte. Reisende Kollegen wurden innerhalb des Gaues 1280, arbeitslose am Ort 104 unterstellt, krank waren 229, als Invaliden zu unterstellen 18, davon 16 aus der Zentral-Invalidentasse in Liqu.; gestorben sind 6 Mitglieder und 1 Invalide. Die Gaukasse hatte an Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung und Beiträgen für die Arbeitslosen 213,50 Mk. zu zahlen. Aus Verbandsmitteln zahlte der Gau 4832,47 Mk. Reise-, 1709,25 Mk. Arbeitslosen-, 673 Mk. Invaliden-, 8033,30 Mk. Kranen-, 450 Mk. Begräbnis- und 436 Mk. sonstige Unterstützung, aus der Zentral-Invalidentasse in Liqu. 5777 Mk. Vermögensbestand der Gaukasse am 31. Dezember 3787,91 Mk.

Dem Verleger des Breslauer Generalanzeigers wurde vom Gerichtshofe befeimigt, daß er aus Haß und gemeiner Rache, aus Konkurrenzneid usw. gegen den Verleger des Wochenblattes Süsslicher Ratgeber eine Reihe von Anzeigen erstattet habe, die sich vor der kritischen Stunde des Gerichtshofes als vollständig hin-fällig erwiesen. Im Oktober hatte sich der letztere auf Anzeige seines Konkurrenten hin wegen Hehlerei zu ver-antworten (er sollte gestohlene Geschäftsbriefe usw. des Generalanzeigers angefaßt haben), im März wegen Steuerhinterziehung (noch nicht erledigt), jetzt wegen Betrugs in sieben Fällen. Ein dem Gericht vorliegender Brief des Denunzianten besagt, daß dem Süsslicher Ratgeber um jeden Preis der Garaus zu machen sei. Um das zu erreichen war jedes Mittel recht. Geholfen hat dies alles nichts, denn in allen Fällen erfolgte Freisprechung unter Verlaube der oben zitierten Note. Solch häßliche Auswüchse der Konkurrenz sind alltägliche Erscheinungen, sie kommen nur nicht immer ans Tageslicht. Aber sonst ist die „heutige Ordnung“ glanzvoll!

In Magdeburg gab die Konkurrenz gegen das er-ebenste Abreßbuch Anlaß zu einer Klage wegen Nachdruckes. Der Buchhändler Reinhold Oschmann aus Halle, welcher es auch auf die Abreßbücher einiger anderer Städte abgesehen, jedoch dabei finanziell ruiniert wurde, hatte sich mit der Druckerlei des Generalanzeigers in Magdeburg dahin verständigt, daß diese den Druck auf Recht übernahm und ihm noch 3000 Mk. als Darlehen bewilligte. Der Generalanzeiger hat dabei ein schlechtes Geschäft gemacht. Er zahlt jetzt auf dem Vergleichswege

noch 5000 Mk. Entschädigung an den Herausgeber des alten Abreßbuches, verpflichtete sich, jede Förderung eines Konkurrenzunternehmens in Zukunft zu unterlassen und übernimmt noch drei Viertel der Gerichtskosten. Als Ersatz für die Druckkosten sind im Konkursverfahren nur Projekte abgefallen und das Darlehen war durch den Verkauf der Abreßbücher gedeckt worden sein.

Komisch ist, daß jemand bestraft wird, der ein Kreisblatt so nennt wie es sich selbst benamset. Ein Weinhändler nahm Anstoß an einem Artikel des Kreisblattes in Zell a. Mosel und klagte in seinem Verger: Das ist das rechte Kreisblatt. Darob erkannte das Schöffengericht auf 40 Mk. Strafe. In der Berufungsinstant kam ein Vergleich zu stande.

Unter dem Titel Neue Hamburger Zeitung erscheint täglich zweimal in Verlage der Kommanditgesellschaft B. Girardet (Verlag des Hamburger Generalanzeigers) eine neue Zeitung.

Verurteilt wurde der Redakteur Karl Wagemann vom Saalfelder Volksblatt wegen Majestätsbeleidigung in zwei Fällen zu vier Monaten. Da er wegen des gleichen Vergehens noch drei Monate gut hat, so wurde die Gesamtstrafe auf sechs Monate festgesetzt. In einem weiteren Fall erfolgte Freisprechung. Der Redakteur Fein vom Lübecker Volksboten hat 14 Tage Gefängnis zu verbüßen, weil er einen von der Polizei beleidigt hat. Die Kieler Neuesten Nachrichten haben eine Rede wiedergegeben, die ein Provinzialschulrat gehalten und in welcher dieser von dem Niedergang und dem üblen Einflusse der Naturwissenschaften gesprochen haben sollte. Da der Redner dies in Abrede stellte, so hielt die genannte Zeitung die Mitteilung ihres Berichterstatters ausdrücklich aufrecht und bemerkte dazu, daß der betr. Rat die Wahrheit nachträglich korrigiert habe. Die Beweisführung sei zu Gunsten der besagten Zeitung aus, so daß der Gerichtshof die Frage offen ließ, ob der Bericht in dem fraglichen Passus genau sei, aber auf 200 Mk. Geldstrafe erkannte, da die spätere Aeußerung von der Korrektur offenbar belegend sei. Der Staatsanwalt sprach der Presse überhaupt das Recht ab, über die öffentliche Moral zu entscheiden, öffentliche Fragen dieser Art zu besprechen, und beantragte 300 Mk.

### Arbeiterbewegung.

Die streikenden Textilarbeiter in Mülhausen hatten mit ihrer Klage beim Gewerbegericht gegen die von einigen Fabrikanten verhängten Lohnabzüge keinen Erfolg. Der Abzug ist nach dem Gerichtsspruche von Rechts erfolgt, da der Zustand gesetzlich, ohne Einhaltung der vertragsmäßigen Kündigungsfrist erfolgt ist. In solchem Falle ist gesetzlich ein voller Wochenlohn zu bewirken, was zudem noch in der Arbeitsordnung aus-drücklich wiederholt ist.

Nun sind auch die Berliner Maurer in den Kampf für den Neunfundentag (und 55 Pf. Stundenlohn) eingetreten. Außerdem legten noch die Tapezierer der Aus-stellung Paris sowie eine Anzahl Zabarbeiter die Arbeit nieder. 1711 ausständige Tuchmacher in Pottbus er-klärten sich in geheimer Abstimmung, woran 2708 Per-sonen teilnahmen, für Annahme eines neuerdings durch die Bemühungen des Gezes der gewerkschaftlichen Ab-teilung des Berliner Polizeipräsidium zu stande gekommenen Vergleichs, 894 dagegen. Es sollten „nur“ höchstens 50 nichtlebige Personen, darunter eine Anzahl abgereifte, von der Arbeit ausgeschlossen bleiben, jedoch schwarze Listen nicht in Umlauf gesetzt werden. Im übrigen bedeutet der Vergleich, wenn er von den Fabri- kanten eingehalten wird, angesichts des achtwöchigen Streiks immerhin einen Erfolg. Von den Bauhandwerkern streiken in Dresden die Maurer, 40 Pf. Wintmallohn und zehnstündige Arbeitszeit verlangend (2480 Mann arbeiten bereits zu den Bedingungen) und in Reichens- bach i. B. die Maurer und Zimmerer weit beschäner für den Elfstundentag und 30 Pf. Wintmallohn. In Stuttgart sperrierte die Baumeister ihre sämtlichen Beschäftigten des partiellen Streiks wegen aus, während in Ludwigs-hafen die geforderte verkürzte Arbeitszeit an-standslos bewilligt wurde. Außerdem wurden noch in München 50 bis 60 Bauhandarbeiter und Arbeiterinnen wegen verweigerter Bohrerhöhung ausständig. Die Tischler legten in Dortmund mit sofortigem teil-weisem Erfolg und in Zuffenhausen in Württemberg, hauptsächlich zur Einführung des Neunfundentages, die Arbeit nieder. In der Hauptstadt des Schwabenlandes beschlossen sie, die auf ihre Forderung angebotene neun-einhalbstündige Arbeitszeit vorläufig als Abschlagszahlung anzunehmen. Die Maler legten zu 50 Mann in Mül- hhausen i. E., elf Stunden Arbeitszeit und 45 Pf. Wintmallohn fordernd, die Arbeit nieder. In Bremen und Bielefeld unterlagen sie, in Elmshorn dagegen setzten sie ihre Forderungen durch und in Osnabrück kam es zu einem Vergleich mit einjähriger Gültigkeit. In Leipzig traten 200 Schofarbeiter der Schuhmacher zur Erreichung höherer Löhne in den Streik; 60 erhielten bewilligt. Auch die Maler beschlossen ihre Forderungen wieder zu erheben und event. sofort in den Ausstand zu treten. In der Jahrsfabrik in Odesiole er-zwangen die Arbeiter durch kurzen Streik die Entlassung eines nichtlebigen Werkführers, in berienigen in Pekar-s- ulm höhere Löhne. Auch die Bestarbeiter in Hameln lieberten ihren Ausstand mit annehmbarem Vergleich, ebenso wurde der Streik in der Württembergfabrik zu Wittrod und derjenige der Gubullahütte in Schlefen beendet. In Fürth dagegen nahmen die Glaschleifer die Arbeit bedingungslos wieder auf.

